



3 Staatsversagen

*Die ökonomische Theorie der Politik
bzw.
Erklärungsansätze wirtschaftspolitischen Verhaltens*

- 3.1 Wohlfahrtsökonomik als wirtschaftspolitisches Leitbild
- 3.2 Eigennutz der Akteure und Abstimmungsregeln
- 3.3 Bürokratie
- 3.4 Interessengruppen

Literatur:

*Fritsch, M., (T. Wein und H.-J. Ewers), Marktversagen und Wirtschaftspolitik
Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns, Vahlen, Kapitel 14*

3.1 Wohlfahrtsökonomik als wirtschaftspolitisches Leitbild

Die Vorstellung einer perfekt funktionierenden Marktwirtschaft:

Die Interpretation des Marktergebnisses als Maximierung der Summe aus Konsumentenrente und Produzentenrente, vollständige Konkurrenz auf den Märkten und die Erfüllung der Marginalbedingungen

$$\text{Grenzkosten} = \text{Preis} = \text{Grenznutzen}$$

Voraussetzung: Internalisierung aller externen Effekte

Wirtschaftspolitik kann dann als die Bereitstellung öffentlicher Güter und die Erzielung eines sozial akzeptierten Verteilungsziels angesehen werden

→

Wirtschaftspolitik abgeleitet
aus der Theorie des Marktversagens

Aber: Widerspruch einer gesamt-gesellschaftlichen Nutzenfunktion

Das Arrow Paradoxon

Ein Beispiel

3 Wirtschaftssubjekte: (A)nton, (B)erta und (C)laus

3 Alternativen zur Auswahl:

- (1) mehr Fahrradwege
- (2) mehr Straßen
- (3) Förderung öff. Nahverkehr

Individuelle Präferenzen

Der Individualist:

fährt gern Fahrrad, verabscheut öff. Nahverkehr

(A) bevorzugt (1) vor (2) und (2) vor (3): $(1) \succ (2) \succ (3)$

Die Umweltschützerin:

fährt Buss, hasst Autos

(B) bevorzugt (3) vor (1) und (1) vor (2): $(3) \succ (1) \succ (2)$

Der bequeme Autofahrer:

fährt Auto, kann nicht Fahrrad fahren

(C) bevorzugt (2) vor (3) und (3) vor (1): $(2) \succ (3) \succ (1)$

Abstimmung über die Alternativen

Keine absolute Mehrheit für eine der Alternativen,
Abstimmungen der einzelnen Alternativen gegeneinander:

Abstimmung zwischen (1) und (2): 2 (A,B) zu 1 (C) für (1)

Abstimmung zwischen (2) und (3): 2 (A,C) zu 1 (B) für (2)

Abstimmung zwischen (1) und (3): 2 (B,C) zu 1 (A) für (3)

Welche Alternative soll gewählt werden?

Mögliches Verhalten bei 2 Alternativen,
z.B. Fahrradwege (1) und Straßen (2),
eindeutiges Abstimmungsergebnis für 1

Der Abstimmungsverlierer (C) bringt eine weitere Alternative
in die Diskussion (3), und die Diskussion ist völlig offen

3.2 Eigennutz der Akteure und Abstimmungsregeln

Eigennutz der Wähler

Individuelle Zielformulierung der Wähler

Wahlparadoxon:

Der Einfluß eines einzelnen Wählers auf das Abstimmungsergebnis ist äußerst gering, bei Kosten der Wahl sollte er nicht wählen

Bei Kosten der Information ist es auch nicht optimal, sich vollständig zu informieren

→ Informationsnachteile der Wähler

Eigennutz der Politiker

Wiederum individualistischer Ansatz

Politiker maximieren grundsätzlich ihren eigenen Nutzen, nicht notwendigerweise die gesellschaftliche Wohlfahrt

Politiker bleiben nur dann im Amt, wenn sie wiedergewählt werden → **Ausleseprozess**

Politiker wollen (müssen) Wahlen gewinnen:
Evolutorischer Prozess, wie im Marktsystem,
→ nur die Tüchtigen "überleben"

Ergebnis: Vermeide Maßnahmen,
die mehr Wählerstimmen kosten als sie bringen

Stichworte

Stamm- und Wechselwähler, Medianwähler, 2 (3) Parteiensystem, nicht wahlberechtigte Gruppen

Abstimmungsregeln

Einfache (absolute) Mehrheit

50 Prozent + 1 Wähler

Beispiel: Allgemeine Wahlen und Abstimmungen

Stichworte

- *Medianwähler und Minderheitenschutz, mögliche und tatsächliche Kompensation*
- *Ideologie versus Mehrheitsgewinnung, Einfluss loyaler Wähler*
- *Nutzen zukünftiger Generationen, Organisierbarkeit der Interessen*
- *Kurzfristige Verbesserung und langfristige Nachteile, Problem der Glaubwürdigkeit der Politiker*
- *Abstimmung über 2 oder mehr Alternativen, das Arrow-Paradoxon*

Qualifizierte Mehrheit

Z.B. 2/3 Mehrheit

Beispiel: Änderungen des Grundgesetzes

Mehr-Kammern-System:

Beispiel: Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuss

Einstimmigkeit

Veto-Recht, jeder kann aussteigen,
vgl. auch Marktsystem

Beispiel: Europäische Union

Probleme:

- *Erhaltung des derzeitigen Zustands (status quo), "konservativ"*
- *Notwendigkeit von Verhandlungen,
Möglichkeit strategischen Verhaltens*

3.3 Bürokratie

Wiederum individualistischer Ansatz

Bürokraten maximieren grundsätzlich ihren eigenen Nutzen

Nutzen des Chefbürokraten:

Persönliches Einkommen, Prestige, wenig Arbeit

Durchsetzung eigener Ziele aufgrund des Informationsvorsprungs
(Informationsmonopol, Duopol)

⇒ **Budgetmaximierung** unter der Nebenbedingung
gerade noch vertretbar
Ergebnis: Zu große Behörden

Aber: Kontrolle der Bürokraten durch Politiker,
die wiedergewählt werden wollen

Lösung

Verwaltungsinterne Anreize, um den Einzelnen auf das Wohl der Organisation (der Gesellschaft) zu verpflichten

Stichworte: Beamte und Arbeitsplatzrisiko,
Laufbahnrecht, Patronage und beruflicher Aufstieg

Das Gleiche gilt auch für Unternehmen:

Manager (alle Arbeitnehmer) maximieren grundsätzlich ihren eigenen Nutzen

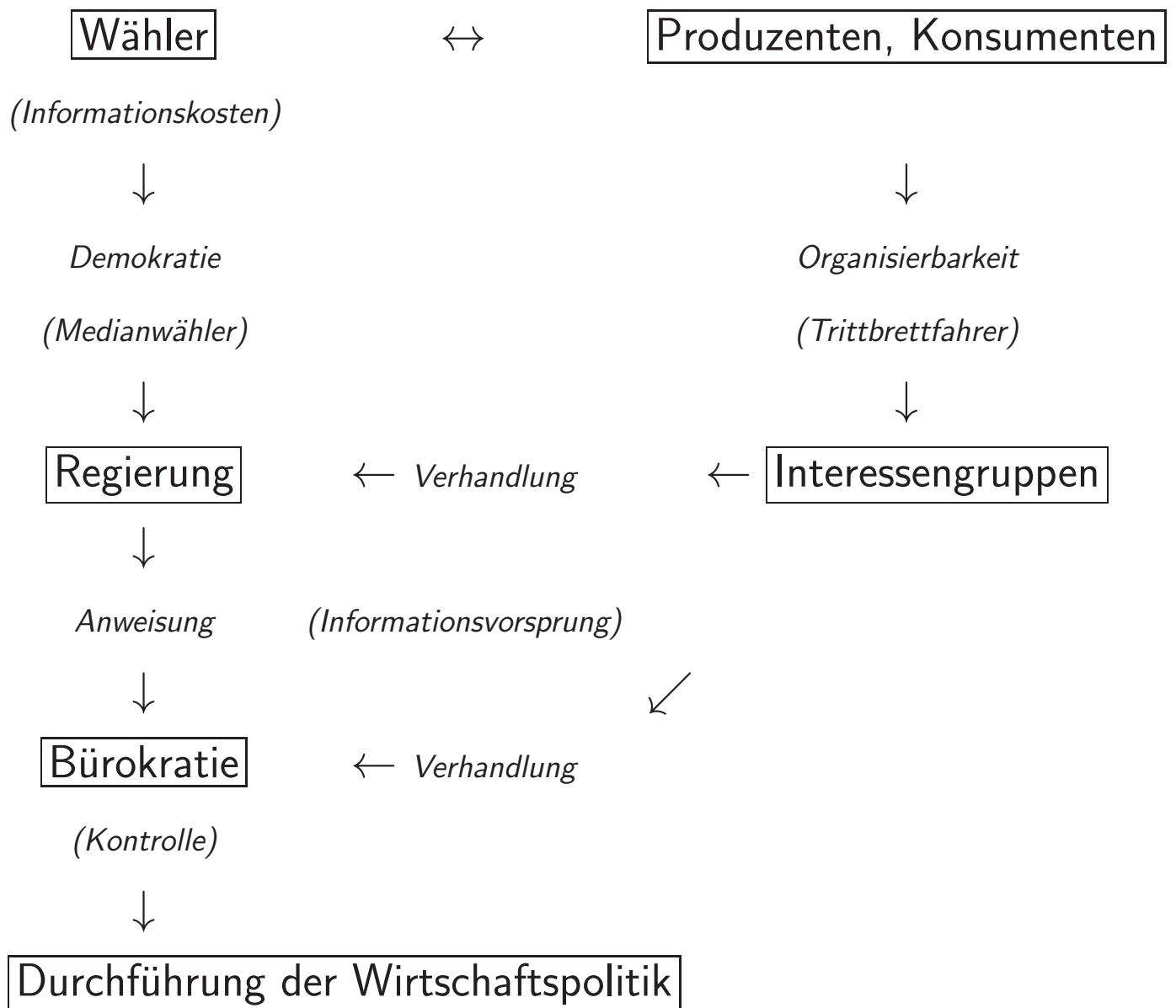
- *Die Organisationsstruktur muss so gestaltet werden, dass Eigennutz mit dem Unternehmensziel in Einklang steht*
- *Bezahlung nach Leistung, Gewinnbeteiligung, Kündigung bei Missachtung des Unternehmensziels . . .*

Bewertung des Erfolgs des "Unternehmens" durch den Markt

Wettbewerb der Bürokratien

- a) *durch den Markt (Privatisierung)*
- b) *durch Förderalismus (Subsidiaritätsprinzip)*
- c) *durch Standortkonkurrenz*
- d) *durch Controlling und den Rechnungshof*

3.4 Interessengruppen



→ **Wirtschaftspolitik**
als Abstimmungs- und Verhandlungsprozess!
(mit vielen Problemen)

Organisierbarkeit der Interessen

Trittbrettfahrerproblem bei großen Gruppen
(öffentliches-Gut Problematik)

- *private Güter in Verbindung mit öff. Gütern (ADAC)*
- *Ausmaß der persönlichen Betroffenheit (Konsumenten)*
- *Zwangsmitgliedschaft (Handwerkskammern, ...)*

Einerseits

Wenige stark Betroffene üben mehr Einfluss aus
als viele wenig Betroffene, trotz eindeutiger Mehrheit

Beispiel:

Agrarmarkt, Bergbau → Kosten für andere relativ gering

Andererseits

Viele Nutzer einer Straße und wenige Anwohner

Das macht den politischen Konflikt aus

Durchsetzung von Interessen

1 Information

a) Vorteile herausstellen, Nachteile verschweigen

*Informationsvorteile bzw. Monopole, dadurch
Entlastung der Politiker und der öff. Verwaltung*

Experten: Die Macht der Wissenschaftler

b) Demonstrationen, Streiks, "Werbung"

*Wer kann seine Interessen leichter durchsetzen,
Professoren oder Studenten?*

Kontrolle durch die Regierung/den Wähler

Zweckentfremdung öffentlicher Mittel

schadet im Wettbewerb der Parteien

2 Mitgliedschaft in Parteien und Parlamenten

– Öffentlicher Dienst

3 Direkte finanzielle Zuwendungen

– Parteispenden und Korruption – ein fließender Übergang

Zusammenfassung

- Die **Wähler** entscheiden über Politiker, Parteien und Sachfragen nach dem Kalkül ihres **eigenen Vorteils**, nicht nach der gesamtwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit
Eine konsistente Ableitung der wirtschaftspolitischen Ziele aus einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion ist nicht möglich (Arrow-Paradoxon)
- Auch **Politiker** handeln eigennützig
Politiker, die nicht nach dem Kriterium der Wiederwahl handeln, werden in der Zukunft keine Regierungsverantwortung mehr tragen
- Die Politiker orientieren ihre Programme an den Präferenzen des Medianwählers
Eine Übereinstimmung der Wünsche des Medianwählers mit den Empfehlungen der Theorie des Marktversagens wäre rein zufällig

- Von Politikern und Wählern nicht kontrollierte **Bürokraten** können ihr Budget über das gesamtwirtschaftlich optimale Maß hinaus ausdehnen
Das Angebot öffentlicher Güter ist gesamtwirtschaftlich gesehen zu groß
- **Interessengruppen** können Politiker und Bürokraten dazu bewegen, Gesetze und Regulierungen durchzusetzen, die für die jeweilige Interessengruppe von Vorteil sind

Die Theorie des Marktversagens zeigt, **wie es sein sollte**, die ökonomische Theorie der Politik beschreibt und erklärt die tatsächliche Wirtschaftspolitik (**wie es ist**).

Beide ergänzen sich.

In Anlehnung an Fritsch, (Wein, Ewers)